



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/2815

IHK Schleswig-Holstein | 24100 Kiel

Federführung Ausbildung

Per Email:
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Europaausschuss
europaausschuss@landtag.ltsh.de

Ihr Ansprechpartner
Hans Joachim Beckers
E-Mail
beckers@kiel.ihk.de
Telefon
(0431) 5194-254
Fax
(0431) 5194-554

13.05.2014

Europäische Solidarität notwendig – Jugendarbeitslosigkeit in der EU gemeinsam bekämpfen

**Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 18/1430)
Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Abgeordnete SSW (Drucksache 18/1588)**

Sehr geehrter Herr Lehnert,

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 16. April 2014 und die damit gegebene Möglichkeit zu den o. g. Anträgen Stellung nehmen zu können.

1. Jugendarbeitslosigkeit in südeuropäischen Ländern

Die Jugendarbeitslosigkeitsquote in Griechenland (59,2 Prozent), Spanien (54,3 Prozent), Kroatien (49,2 Prozent), Italien (41,6 Prozent), Portugal (36,3 Prozent) ist besorgniserregend und bietet den Betroffenen in ihren Heimatländern zum Teil schlechte oder keine beruflichen Perspektiven. Wenn die erste Erfahrung im Berufsleben Arbeitslosigkeit ist, hat das fatale Folgen, weil man junge Leute für unser Wirtschaftssystem und für Europa dann nicht begeistern kann. Demgegenüber bewegt sich Deutschland mit einer Jugendarbeitslosigkeitsquote von 7,4 Prozent auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Die Berufsaussichten für junge Leute haben sich hier positiv entwickelt und zeigen auch für die Zukunft gute Perspektiven. Dabei zeigt sich, dass eine hohe Akademikerquote keine Sicherheit für Beschäftigung bietet. In Spanien ist die Akademikerquote um ein Vielfaches höher als die der Berufsschüler. Folge ist, dass oft am Arbeitsmarkt vorbei qualifiziert wird und Berufswünsche realisiert werden, für die in der Wirtschaft keine adäquate Verwendung existiert. Derartige Fehlsteuerungen sind auch in anderen Ländern erkennbar, die ihre Berufsqualifizierung stark akademisiert haben.

2. Ursachen hoher Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa

Nicht nur die Wirtschafts- und Finanzkrise, auch unterlassene nationale Bildungsreformen haben in der EU zu einer dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit geführt. Viele Jugendliche erreichen keinen Schulabschluss oder nur einen Abschluss der Sekundarstufe I. Damit ist eine große Gruppe von jungen Menschen für die Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht ausreichend gerüstet. Neben schulischen Defiziten weist insbesondere auch die berufliche Bildung große Mängel auf. Denn in zahlreichen EU-Ländern dominiert vom Staat organisierte, vollzeitschulische Ausbil-

dung. Die Absolventen werden damit oft an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vorbei qualifiziert und finden anschließend keine Arbeit.

3. *Freizügigkeit*

Aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit können EU-Inländer selbst entscheiden, wo sie sich ausbilden lassen oder wo sie arbeiten wollen. Insofern haben junge Menschen in den südeuropäischen Ländern prinzipiell die Möglichkeit ihr Heimatland zu verlassen und eine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle in einem anderen EU-Land anzunehmen. Gleiches gilt für ihre Entscheidung nach einer Ausbildung in Deutschland.

4. *Sinnvolle Maßnahmen im Heimatland*

Als Reaktion auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa haben die EU-Staats- und Regierungschefs die Jugendgarantie beschlossen. Bis 2015 soll diese umgesetzt werden. Danach sollen arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten ein Angebot für einen Job, eine Ausbildung oder ein Praktikum erhalten. Die EU stellt hierfür acht Milliarden Euro bereit. Über die Umsetzung entscheidet jedes Mitgliedsland selbst.

Aus IHK-Sicht ist eine Stärkung der betrieblichen und praxisnahen Ausbildung in den betroffenen EU-Ländern erforderlich. Die Regierungen der EU-Mitgliedsländer müssen deshalb durch nationale Bildungsreformen die Anzahl der Schulabbrüche signifikant vermindern und möglichst alle Schulabgänger ausreichend qualifizieren. In der beruflichen Bildung müssen Praxisnähe, Attraktivität und das Image verbessert werden, um die berufliche Bildung als gleichwertige Alternative zur Hochschulbildung auszubauen. Hilfsangebote der Bundesregierung und der Wirtschaftsverbände bei der Implantierung entsprechender Strukturen liegen vor und Kontakte sind aufgenommen.

5. *Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein*

Die Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein ist geprägt von einer konstant hohen Ausbildungsbereitschaft auf Unternehmensseite, von positiver Konjunkturerwicklung mit reger Arbeitskräftenachfrage bei einer rückläufigen Ausbildungsneigung der Schulabgänger. Stattdessen nimmt die Neigung zu längerem Schulbesuch und Studium zu. Angesichts der Fachkräftesituation und der Fachkräfteprognose zeichnen sich hier Fehlsteuerungen ab. Bewerber sind aufgrund der besseren Angebotslage stärker auf ihre Wunschberufe fixiert und reagieren weniger flexibel. Das Mismatching nimmt zu. Auf der Grundlage einer Unternehmensbefragung konnten 19 Prozent der Ausbildungsbetriebe ihre angebotenen Plätze im Jahr 2012 nicht besetzen. Dieser Wert dürfte sich 2013 nicht wesentlich verändert haben. Auch 2014 ist mit einem ähnlichen Wert zu rechnen. In einzelnen Branchen ergeben sich zum Teil deutlich höhere Werte nicht zu besetzender Ausbildungsplätze (z. B. Gastgewerbe mit ca. 55 Prozent).

6. *Transfer zur Ausbildung in Deutschland*

Die Bundesregierung stellt mit dem Programm MobiPro-EU insgesamt 360 Millionen Euro bereit, um jungen Menschen aus Süd- und Osteuropa eine Berufsausbildung anzubieten. Antragsberechtigt sind Personen aus den Mitgliedsstaaten der EU im Alter von 18 bis 35 Jahren. Sie werden nach diesem Programm gefördert, wenn sie aufgrund der Arbeitsmarktsituation in ihrem Herkunftsland nur geringe berufliche Perspektiven haben. Diejenigen, die eine Berufsausbildung machen wollen, müssen über einen Schulabschluss verfügen, dürfen aber noch keine abgeschlossene betriebliche Berufsausbildung in ihrem Herkunftsland besitzen.

Das Programm erfreut sich großer Nachfrage, so dass zwischenzeitlich ein Antragsstopp ausgesprochen wurde.

Aus Sicht der Herkunftsländer wird das Programm allerdings teilweise kritisiert als Abwerbung ihrer talentierten Jugend.

7. *Probleme bei Transfer zur Ausbildung in Deutschland*

Ein Hauptproblem stellt die fehlende deutsche Sprachkenntnis dar. Erforderlich ist eine Vermittlung ausreichender Sprachkompetenz bereits im Heimatland. Aufwendig stellen sich die Auswahl der Interessenten und das Matching mit den interessierten Betrieben in Deutschland dar. Erfahrungen mit bereits laufenden Projekten zeigen, dass geeignete Rahmenbedingungen für ein Gelingen von entscheidender Bedeutung sind. So sind neben der Sprachförderung im Heimatland berufsbegleitende Sprachkurse in Deutschland und Betreuung vor Ort und im Ausbildungsbetrieb unumgänglich, um den Wechsel des kulturellen und sozialen Umfeldes abzufedern. Nur so kann verhindert werden, dass die Ausbildung scheitert. Das bedeutet Einzelbetreuung, größere Gruppen lassen sich demgegenüber nur schwer integrieren. Derzeit stockt das Programm aufgrund eines Antragsstopps, da die Mittel für 2014 bereits ausgeschöpft sind.

Zahlen zu den aus Schleswig-Holstein gestellten Anträgen liegen bei der Bundesagentur Regionaldirektion Nord vor.

8. *Rückkehroptionen*

Wirtschaftsstarke Länder wie Deutschland können bei der Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit und der besonders hohen Jugendarbeitslosigkeit andere EU-Ländern unterstützen.

Unter dem Gesichtspunkt der internationalen europäischen Solidarität kann eine Rückkehr hier ausgebildeter Fachkräfte sinnvoll sein. Da die berufliche Qualifikation im Rahmen der deutschen Berufsausbildung mit ihrer Handlungskompetenz vorbildlich ist und einen Standortvorteil darstellt, dürfte die Verwendung der erworbenen Qualifikationen im Heimatland kein Problem sein, vorausgesetzt der Arbeitsmarkt belebt sich. In jedem Fall erhöhen sich die Chancen auf dem heimatlichen Arbeitsmarkt deutlich. Nach unserer Kenntnis bestehen in anderen EU-Ländern keine Anerkennungsregelungen vergleichbar dem deutschen Berufsanerkennungsgesetz (BQFG). Da die Ausbildungsberufe aber in der Regel unreglementierte Berufe betreffen, dürfte die Beschäftigung in den Heimatländern keine Probleme bereiten. Aufgrund der bestehenden Unternehmerfreizügigkeit entscheiden junge Leute selbst, wo sie im Anschluss nach einer Ausbildung tätig werden wollen. Die Rückkehrbereitschaft hängt erfahrungsgemäß stark davon ab, wie sich die Beschäftigungschancen im Heimatland entwickeln und auch wie die Sozialisierung in Deutschland verläuft.

9. *Interesse der Unternehmen in Schleswig-Holstein*

In Anbetracht der bereits bestehenden Fachkräfteengpässe mit zunehmender Tendenz dürfte das Interesse der schleswig-holsteinischen Unternehmen dahin gehen, hier ausgebildete Fachkräfte nach Möglichkeit zu binden, um dauerhaft Fachkräfte zu gewinnen. Das entspricht dem Hauptmotiv für eine Berufsausbildung, stellt ihren Nutzen dar und dürfte gerade unter dem Gesichtspunkt zutreffen, dass die Ausbildung von EU-Ausländern mit zusätzlichem Betreuungsaufwand verbunden ist. Auch das Interesse des Landes Schleswig-Holstein mit seiner Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“ (ZIN) weist mit der Schaffung einer Willkommenskultur eindeutig in diese Richtung. Insofern besteht gegenüber dem Aspekt einer Rückkehr und Wirtschaftshilfe für andere EU-Länder ein Interessenskonflikt. Dieser Gegensatz ist aber letztlich belanglos, da Rückkehr oder Bleibeverpflichtungen nicht bestehen und die Betroffenen selbst entscheiden, wo sie ihre persönliche und berufliche Zukunft sehen. Die Mobilität der so Ausgebildeten nimmt in jedem Fall zu. Insofern sollte angesichts der Sensibilität dieses Aspektes diese Frage in der Außenkommunikation offen bleiben, um andere EU-Länder nicht zu (vordergründig verständlichen wenn gleich wenig sinnvollen) Abwehrreaktionen zu veranlassen.

10. *Rolle Schleswig-Holsteins*

Aufgrund der für die Wirtschaft schwieriger werdenden Ausbildungssituation und zunehmender Fachkräfteengpässe kann eine Gewinnung ausländischer Auszubil-

dender für Betriebe in Schleswig-Holstein eine sinnvolle Maßnahme sein. Das passt auch in den Rahmen der Fachkräfteinitiative des Landes. Wenn dieses sinnvolle Ziel unterstützt werden soll, müssen geeignete Rahmenbedingungen für eine Integration und Willkommenskultur geschaffen werden. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass der Transfer von jungen Menschen in eine für sie fremde Kultur kein Selbstgänger ist. Erforderlich ist eine intensive Unterstützung des Matching-Prozesses mit anschließender individueller Betreuung. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass junge Menschen in einem für sie fremden Land beruflich scheitern. Die darauf folgende mediale Berichterstattung würde das Image Deutschlands im Ausland schädigen und wäre kontraproduktiv für den beabsichtigten Aufbau einer Willkommenskultur. Wichtig ist ein sensibles Vorgehen unter Berücksichtigung der bereits vorliegenden und absehbar zu erwartenden Erfahrungen.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Joachim Beckers
Geschäftsbereichsleiter Aus- und Weiterbildung